

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 14, Holbeinstr. 40  
Fernsprecher 21366  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14767

**Weggebühren:**  
Ausgabe A mit illustrierter Beilage vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei. In Ostpreußen 3,00 M.  
Ausgabe B vierteljährlich 2,50 M. In Ostpreußen und ganz Deutschland frei. In Ostpreußen 3,00 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Wichtiges:**  
Annahme des Reichsteilungsplans bis 16 Uhr von Familienangehörigen bis 11 Uhr nachm.  
Preis für die Post-Zeitungs-40 Pf. in Westpreußen 1 M. Familien-Angehörigen 30 Pf.  
Für unentgeltlich geschickene, sowie durch den Postboten aufgeborene Anzeigen können die Veranlassungen für die Rückgabe der Zeitungen nicht übernommen werden.  
Erscheinungszeit der Redaktion: 11-12 Uhr nachmittags.

**Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.**  
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

## Bei Reichsminister Erzberger.

Burgzeit Berlin, 28. Mai.

Herr Reichsminister Erzberger hatte die große Liebeshülfenwürdigkeit, trotz seiner außerordentlichen Inanspruchnahme durch Staatsgeschäfte, mir eine, wenn auch kurze Unterredung zu gewähren. Da die hierbei zur Sprache kommenden Fragen des Friedens sich im Wesentlichen mit den Mitteilungen decken, die unseren Lesern aus meinem Artikel über die deutschen Gegenwärtigen am Mittwoch bekannt sind, beschränke ich mich auf die Wiedergabe der auf die innere Politik bezüglichen Vorgänge, die den Gegenstand unserer Unterredung bildeten. Es interessierte mich vor allem, zu hören, welche Ansichten Reichsminister Erzberger der gegenwärtigen Regierung gibt.

Der Minister äußerte sich folgendermaßen:  
Wenn ich sage, daß die gegenwärtige Regierung nach Entwicklung der Dinge die denkbar stärkste ist, die das Deutsche Reich überhaupt haben kann, so werden Sie mir zuzutrauen, daß ich das nicht sage, lediglich um einen Eindruck solcher Stärke zu erwecken. Die gegenwärtige Regierung ist gebildet von den Mehrheitsparteien, den drei stärksten Parteien Deutschlands. Sie stützt sich auf diese Parteien und die hinter ihnen stehende große Wählermasse, gegen die die äußerste Rechte und äußerste Linke nicht in Frage kommen. Daher ist die gegenwärtige Regierung gegen Angriffe und Aktionen von rechts und links gesichert.

Ich fragte den Minister, ob er derselben Auffassung sei, was den Ausgang der Friedensverhandlungen angeht.  
Der Minister entgegnete:

Als Antwort fragte ich Sie, ob Sie glauben, daß eine Regierung von rechts oder von links irgend welche Aussicht hat, sich zu halten und einen besseren Frieden zu machen, als die jetzige Regierung? Weder eine Diktatur von rechts noch von links wird in stande sein, die Gegner zu verleiten, Deutschland einen besseren Frieden zu gewähren. Jede der beiden Diktaturen würde in Deutschland und das Chaos bringen und den Alliierten, jedenfalls einer starken Strömung unter ihnen, nicht unerwünscht sein. Wenn Deutschland in ein solches Chaos verfiel, könnte es sich emporarbeiten immer wieder nur an der Hand der drei Mehrheitsparteien. Ohne dieselben ist ein Wiederaufbau des am Boden liegenden Deutschlands nicht möglich. Daher ist es nur ein Ergebnis logischer Überlegung, wenn ich sage: Mag der Friede ausgehen wie er will — das kann heute noch niemand sagen —, die Zusammenfassung der gegenwärtigen Regierung aus Mitgliedern der drei größten Parteien Deutschlands ist die einzige Gewähr für das Arbeiten einer Regierung überhaupt. Ein neues Deutschland ist nur möglich auf der Basis einer solchen Regierung.

Ich fragte den Minister, ob er ohne jeden Vorbehalt an ein neues Deutschland glaube?

Er führte daraufhin mit warmer Überzeugung aus:  
Wenn ich nicht an ein neues Deutschland glaube, ein Deutschland, das nach den entscheidenden Erlebnissen dieses Krieges von allen imperialistischen Bestrebungen frei geworden ist (während wir daselbe von den Alliierten nicht sagen können, die aus dem Frieden geradezu ein Vollwerk des Imperialismus machen wollen), — ich sage, wenn ich nicht an ein neues, der Arbeit, der Zivilisation und Kultur hingehobenes Deutschland glaube, so sehe ich nicht in der Regierung, und kein einziger meiner Kollegen mit mir. Dieser Glaube ist ja das einzige, was uns über die traurige Lage Deutschlands immer wieder hinweghilft. Aber dieser Glaube ist nicht nur Glaube, er ist Gewißheit. Die Vergangenheit bietet die beste Gewähr dafür, daß unser Volk von Natur aus zur Arbeit und hochgepanneter Leistung begabt ist. Denn das freilich ist die fundamentale Voraussetzung aller Zukunft Deutschlands, daß das ganze Volk, Kopf- und Sonderarbeiter, in Werkstatt, Fabrik und Kontor alle Kräfte bis aufs äußerste anspannen. Die Arbeit muß wieder in ihre heiligen Rechte eingesetzt werden. Nur wenn sich alle Hände regen, haben wir eine Zukunft, wir schaffen sie mit jeder Bewegung der werktätigen Hand selbst. Wenn im ganzen Deutschen Reich alle dieses Ziel vor Augen haben, wenn alle geeint sind in dem Willen, auf diese Weise zum Wiederaufbau des Vaterlandes beizutragen, können wir nicht untergehen. Alle Parteien und Klassen müssen mithelfen, wir müssen in der Arbeit ein einziges Volk sein.

Hier wurde der Minister zu einer Sitzung abberufen. Bevor ich mich verabschiedete, sagte er noch:  
In einem zweiten Ziel muß das deutsche Volk eben-

falls über alle Parteiunterschiede hinweg einig sein: dem der Einheits des Reichs. Wir haben sie erkämpft wie kein anderes Volk Europas. Unsere Gegner bedrohen dieses unser höchstes Gut, unsere nationale Einheit, indem sie lebenswichtige deutsche Gebietsteile aus dem Körper des Reichs abtrennen wollen. Aber ebenso schwer, wie uns dies treffen würde, ja, in gewissem Sinne noch schwerer muß es das deutsche Volk treffen, wenn Teile des Reichs die Absicht haben sollten, um materieller Vorteile willen dem Reich den Rücken zu kehren. Die unverantwortlichen Kreise, die solche Strömungen ins Leben rufen und fördern, wie wir sie aus der Pfalz und im Rheinland kennen, sehen in ihrer erbärmlichen und feigen Einstellung auf materielle Vorteile nicht, daß sie mit Ueberlegung den Zustand der deutschen Kleinstaaterei wieder herbeiführen, der notwendigerweise zur Abhängigkeit von den Nachbarmächten führt und der vom deutschen Volk mit vieler Mühe überwunden worden ist. Ich stehe nicht an, das Treiben dieser Persönlichkeiten im wahren Sinne des Wortes als hochverräterisch zu bezeichnen. Ich hätte gewünscht, daß dem Ausland nicht vergönnt gewesen wäre, diese Erscheinung gerade in Deutschland festzustellen. Das ganze deutsche Volk wird für ein solches Verhalten von Leuten, die die Rücksichtslosigkeit ihrer Absichten an der Reichstreue der in Betracht kommenden Bevölkerung wohl schon erkannt haben mögen, nur das Wort erbärmlich übrig haben. Die Not allüberall im deutschen Volk ist groß. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber Not eint und das natürliche Empfinden ist, daß man gemeinsame Not gemeinsam trägt und sich nicht um dieses Gemeinsame zu drücken versucht. Wenn diesen Leuten dieses Anstandsgefühl abgeht, so kann es ihnen der Staatsanwalt wieder in Erinnerung bringen. Jeden einzelnen im Volk geht diese Angelegenheit an. Wir müssen alle für die Einheit des Reichs kämpfen, und es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich in dieser Ueberzeugung alle Parteien ohne Ausnahme von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken einig sind. Das Reich wird und kann nicht zusammenfallen an den Treiberreien einiger Sonderverräter.

Schon vorher hatte Herr Minister Erzberger mir unter Ueberreichung eines größeren Betrages seinen Beitritt zum katholischen Vorkriegsverein für Sachsen als Förderer erklärt. Er will damit zum Ausdruck bringen, wie notwendig er gerade in der Zeit die Unterstützung unserer Zentrumspresse achtet.  
Paul Schlein.

### Bis an die Grenze des Möglichen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Wer den Entwurf der deutschen Gegenwärtigen mit Aufmerksamkeit durchgesehen, muß anerkennen, daß die deutsche Regierung in ihrer Friedensbereitschaft nicht weiter gehen konnte, als es jetzt geschehen ist. Große Opfer wollen wir freiwillig auf uns laden. Man denke nur an die Zahlung von zwanzig Milliarden bis zum Jahre 1926 und weiterer 80 Milliarden im Laufe der nächsten Jahrzehnte. In weiten Volkskreisen wird man gewiß über dieses Anerbieten höchst erstaunt sein und die Frage stellen, ob wir diese Entschädigungssummen überhaupt zu leisten in der Lage sein werden. Auch bei der Entente und in der ganzen Welt wird das deutsche Anerbieten gewiß das größte Aufsehen erregen. Die Gegner werden wohl nicht erwartet haben, daß Deutschland sich zur Tragung einer solchen Riesensumme bereit erklären würde. Es wird auch sicherlich nicht an Stimmen fehlen, die unseren Vorschlag als Puff bezeichnen werden. Aber es ist nicht deutsche Art, die Welt zu täuschen. Die Vertragstreue wird uns heilig sein. Schon während des Waffenstillstandes haben wir den besten Beweis erbracht, daß wir die Verpflichtungen, die wir auf uns nahmen, auch erfüllen. Wenn unsere Gegner ehrlich sein wollten, dann müßten sie zugeben, daß wir mehr geleistet, als sie selber wohl erwartet haben. Deutschland ist auch jetzt bereit, all das zu erfüllen, was es jetzt freiwillig auf sich nimmt. Die Anforderungen an unser Volk werden gewiß groß sein. Deutschland ist verarmt und verelendet, eine gewaltige Schuldenlast haben wir im eigenen Lande zu decken, Kriegervitwen und Waisen und das große Heer der Invaliden wollen unterhalten werden. Singsu kommen noch die Riesenkosten, die wir für Einfuhren vrierer Lebensmittel und Rohstoffe dringend aufbringen müssen. Unsere Regierung und unsere Volksvertretung sind sich keineswegs im Unklaren gewesen über die Größe der Opfer, die wir leisten wollen. Aber der Heroismus unseres Volkes, die Liebe zum Vaterlande sind so groß, daß

wir alle diese Opfer gern auf uns nehmen, wenn wir endlich damit zum Frieden kommen. Verlangen müssen wir aber, daß unsere persönliche Freiheit gewahrt bleibt. Deutschland darf nicht zerstört werden, die Gegner müssen ihre Absichten auf rein deutsche Gebiete aufgeben, denn nur dann erscheint unsere Arbeitskraft gesichert, und nur dadurch haben wir die einzige Möglichkeit, die Werte zu schaffen, die wir zur Aufbringung der Entschädigungssumme brauchen. Unsere Forderung auf Behaltung der strittigen Gebiete im Osten und Westen sind zudem dadurch voll und gerecht, daß alle diese Landesteile rein deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Das gilt für das Saargebiet und die Pfalz, es gilt auch für Oberschlesien, Westpreußen, Danzig, Ostpreußen und für einen Teil von Posen. Wir haben uns damit abgefunden, auch territoriale Opfer zu bringen. Den Verlust von Elb-Lothringen werden wir nicht leicht vermissen, doch finden wir uns auch damit ab, wenn eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Bevölkerung entscheidet. Es ist unser ehrlichster Wunsch, endlich eine Streitfrage aus der Welt zu schaffen, die zum Anlaß zweier großer Kriege gewesen ist. Wenn die Bewohner der ehemaligen Reichsländer sich bereit erklären, nach Frankreich zu gehen, Deutschland wird nicht dagegen protestieren, der Schrei nach Gewanche wird nie in unserem Lande und Volke wach werden. Der Wille der Elb-Lothringer soll und wird uns heilig sein. Für das linksrheinische Gebiet verlangen wir sofortige Räumung innerhalb sechs Monaten. Es ist das eine Lebensnotwendigkeit für unser Volk und unsere Industrie. Wir müssen mit dem Rheinlande frei verkehren können. Die Vorgänge in den letzten Wochen in der Pfalz haben auch bewiesen, daß diese Forderung mehr als berechtigt ist. Die Bevölkerung ist allen Abtrennungsgedanken völlig fremd. Unter dem Schutze und der Begünstigung der Besatzungsarmeen nur war es möglich, daß gewisse Kreise an die Aufrufung einer päpstlichen Republik auch nur denken konnten.

Oberschlesien ist deutsch. Die Bevölkerung hat in den letzten Tagen wiederholt und feierlich erklärt, beim Reich zu bleiben zu wollen. Ein himmelschreiendes Unrecht wäre es, wenn trotzdem von unseren Feinden verlangt werden sollte, das Gebiet an Polen abzutreten. Was für Schlesien gilt, gilt auch für West- und Ostpreußen. Deutschland wird sich niemals bereit erklären können, diese Lande an fremde Herren abzutreten. Wenn wir trotzdem die Abstimmung vorge schlagen haben, so geschah das aus dem Grunde, um auch hier unseren ehrlichen Friedenswillen zu bezeugen. Auch hier wird das Resultat der Abstimmung für uns bindend sein. In der Danziger Frage hat unsere Regierung wirklich das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt. Selbst die Feinde werden das zugestehen müssen. Weiter konnten wir nicht gehen. Die Polen haben keinerlei Anspruch auf diese urdeutsche Stadt und auf seinen Hafen. Aber trotz alledem wollen wir ihnen Gleichberechtigung dort zugestehen, sie können eigene Hafenanlagen erbauen oder schon vorhandene pachten. Ihre Waren sind so frei wie die unsrigen. Selbst für Eisenbahnen und die Benutzung der Weichsel in ihrem deutschen Lauf gewähren wir ihnen große Zugeständnisse. Die Ansprüche der Polen hätten wirklich nicht besser berücksichtigt werden können, als es in unseren Gegenwärtigen geschieht.

Auch in allen anderen Fragen hat unsere Regierung überall nachgegeben. Deutschland will sich völlig wehrlos machen, die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und nur so viel Soldaten halten, wie die Entente uns gestattet. Alle Kriegsschiffe liefern wir aus. Wo in der Geschichte hat ein Volk jemals einen besseren Beweis seiner aufrichtigen Friedensliebe erbracht?

Nun liegt es bei unseren Gegnern, die Entscheidung zu fällen. Die deutschen Gegenwärtigen sind von dem Wunsch, allen gerecht zu werden, diktiert. Ob die Feinde das erkennen werden? Wenn sie jetzt trotz unserer Nachgiebigkeit, trotz aller Opfer, die wir freiwillig auf uns genommen, noch immer auf ihrem Vernichtungswillen bestehen sollten, dann haben sie auch die Verantwortung zu tragen, wenn der Friede nicht zustande kommt. Die ganze Welt wird anerkennen, daß Deutschland unmöglich mehr tun konnte, als geschehen ist. Wir sind bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Mit ruhigem Gemüthe dürfen wir in die Zukunft schauen. Wie immer auch die Entscheidung ausfallen wird, wir haben unsere Pflicht getan, wir haben der Welt unseren Friedenswillen bewiesen. Deutschland trifft keine Schuld, wenn nun trotzdem nicht der Friede kommen sollte!

### Die Hochverratsbestrebungen im Rheinland.

Die Verhandlungen im preussischen Parlament.

Berlin, 28. Mai. In der Sitzung der preussischen Landesversammlung wurden die Anträge wegen der Verhandlungen zur Gründung eines neutralen Rheinland verhandelt. Der Demokrat Janien warf der Regierung vor, daß sie sich um die Einwärtsgerichteten rheinischen Bevölkerung nicht kümmere...

Zum Verlauf der Debatte erwirbt der preussische Ministerpräsident Sieck das Wort und führte u. a. aus: Verschiedene deutsche Politiker, darunter auch Mitglieder der preussischen Landesversammlung, hätten sich mit den Feinden verhandelt, wobei nicht nur eine Aufhebung der französischen Besatzung, sondern gerade eine Erleichterung der feindlichen Bestrebungen in der Richtung auf Schaffung eines selbständigen Rheinlandes angedeutet wird...

In weiteren Berichten kam es zunächst der äußersten Linken und der äußersten Rechten zu im erregten Zusammenstoßen, daß die Verhandlungen in dem Innern zeitweise völlig unterlagen und es bald zu Randemenge kam. Der Grund dazu war ein idiarer Vortrag des unabhängigen Abg. Zacher, der behauptete, daß die rechtsstehenden Parteien an dem heutigen Abend die Schuld trügen...

#### Die Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Mai. Die Reichsregierung erläßt folgende Erklärung: Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verfassungswidrige Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik anzuerkennen. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates...

#### Protest der Sozialdemokraten.

Berlin, 28. Mai. Die Sozialdemokratische Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestveranstaltungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen. Das Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Kabinett hat sich gestern Abend mit den Vorparlamenten in Mainz, Koblenz und Köln befaßt...

#### Die Haltung des rheinischen Zentrums.

Frankfurt a. M., 28. Mai. Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Koblenz hat dort noch keine Ausrichtung einer rheinischen Republik stattgefunden. Die Zentrumsführer haben sich kräftig gegen diese Bestrebungen ausgesprochen und würden sich nur einverstanden erklären, wenn die Ausrufung von der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung ausgeht...

### Die Friedensverhandlungen.

Die Uebersetzung der deutschen Gegenentwürfe.

Verailles, 28. Mai. Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat heute namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote übermittelt...

Verailles, 28. Mai. (Meuter) Der zweite Teil der deutschen Gegenentwürfe wurde auf dem Sekretariat der Konferenz heute nachmittags um 2 Uhr 15 Min. übergeben.

#### Die deutsche Gegenforderung.

Amsterdam, 29. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß die Deutschen eine Gegenforderung von 12.850.000.000 M. für den durch die Blockade angerichteten Schaden überbringen. Dieser Betrag soll von der Entschädigungssumme, die den Verbündeten zu erstrichen ist, abgezogen werden.

#### Abreise deutscher Delegierter.

Verailles, 28. Mai. Heute nachmittags sind 30 Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, in der Hauptrolle Zacher, im Sonderzug nach Deutschland zurückgereist, da ihre Aufgabe, nämlich die Ausarbeitung und Vorbereitung der großen Denkschrift, erledigt ist. Mit dem heutigen Abendzuge werden noch einige weitere Mitglieder der Delegation in die Heimat zurückreisen.

#### Die Adriatrage.

Verailles, 28. Mai. Der „Matin“ meldet, daß Orlando sich zu weitgehenden Zugeständnissen auf der Grundfrage der vom Obersten Souve vorgeschlagenen Transaktion bereit erklärt, gemäß welcher Rom eine Freizone wird, die diplomatisch von Italien vertreten ist. Dalmatien wird Südslawen überlassen mit Ausnahme der politischen Bezirke Zara und Sebenico...

### Die Kundgebungen zum Friedensvertrag.

Die Ostmark

Marienburg, 28. Mai. In letzter Stunde vor den größten Entscheidungen der Weltgeschichte versammelten sich die Vertreter der deutschen Volkskräfte aus Polen und Westpreußen sowie der entsprechenden Organisationen aus Ostpreußen, um Resolutionen für die Verhandlungen der nächsten Tage zu gewinnen. Sie faßten folgenden Beschluß:

Wir stehen unerschütterlich fest auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag unbedingt abzulehnen ist. Wir erkennen demgegenüber an, daß der Gegenentwurf der deutschen Reichsregierung geeignet ist, die Grundfragen der Wilsonschen Ideen in die praktische Politik einzuführen, weisen aber darauf hin, daß auch eine teilweise Anwendung davon in den besetzten Gebieten der Provinz Posen den Feind in sich trüge für die Verewigung des deutsch-polnischen Streites...

Wir stehen unerschütterlich fest auf dem Boden, daß der uns angebotene Friedensvertrag unbedingt abzulehnen ist. Wir erkennen demgegenüber an, daß der Gegenentwurf der deutschen Reichsregierung geeignet ist, die Grundfragen der Wilsonschen Ideen in die praktische Politik einzuführen, weisen aber darauf hin, daß auch eine teilweise Anwendung davon in den besetzten Gebieten der Provinz Posen den Feind in sich trüge für die Verewigung des deutsch-polnischen Streites...

#### Beschlüsse des Zentralrates.

Berlin, 28. Mai. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat bei seinen Beratungen am 26., 27. und 28. d. Mts. die Einberufung eines Drei-Räte-Kongresses abgelehnt. Nur Friedensfrage hat der Zentralrat eine Entscheidung angenommen, die sich gegen die unerbötigen und unerfüllbaren Friedensbedingungen, die Freilassung aller Arbeitsmöglichkeiten durch sie, die Absetzung deutscher Vertreter gegen den Willen der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die darin liegende Entziehung unentbehrlicher Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens wendet...

nung in Verständigung zu ergeben. Ferner hat der Zentralrat erklarten, die preussische Staatsregierung, um fast die Vorlegung eines Entwurfs über die Bundesreform und die Regierung der übrigen deutschen Freistaaten um einheitliches Vorgehen mit der preussischen Regierung zu ersuchen, bis zu Durchführung der Verwaltungsreform über das System der polnischen Arbeiterkammer zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften in Wirksamkeit zu lassen...

#### Die französischen und englischen Sozialisten

Verailles, 28. Mai. Das Nationalkomitee der Confederation generale du Travail erörterte gestern nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen einen Antrag an, in dem erklärt wird, daß der Vertrag eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei, Gebiete in verkappter Weise annektiere, die Verpflichtungen bezüglich der Gesellschaft der Nationen verleihe, zu den alten Bündnisystemen zurückkehre, die allgemeine Abrüstung unmöglich mache...

Saag, 28. Mai. Aus London wird gemeldet: Am Trafalgar Square fand eine Demonstration der sozialistischen Arbeiterorganisation statt, bei der Tom Mann eine Agitationsrede hielt. Nachdem er die Friedensbedingungen abgelehnt und gegen die Fortsetzung der Blockade Deutschlands Einspruch erhoben hatte, fuhr er fort: Die Arbeiter von Russland haben alle Angelegenheiten erfolgreich in die eigenen Hände genommen...

#### Niederländische Stimmen.

Rotterdam, 28. Mai. Der „Rieuwe Rotterd. Courant“ veröffentlicht einen von vielen hervorragenden niederländischen Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf, in dem im Namen der Menschlichkeit und im europäischen Gesamtinteresse folgende Forderungen aufgestellt werden: 1. Sofortige unterirdische Rückführung aller Kriegsgefangenen und Internierten...

#### Militärischer Druck.

Frankfurt, 29. Mai. In allen Orten Rheinlotts wurde eine Bekanntmachung der französischen Militärbehörden angehängt, die besagt, daß bei Eintritt des Kriegszustandes jeder Verkehr mit dem besetzten Gebiet aufhört, daß sämtliche Militärschiffe interniert und nach Frankreich gebracht werden, sobald einzelne den Versuch machen, über die Grenze zu gehen...

#### Um die Pfalz.

Auf die wiederholten Nachweise staatsfeindlicher Betätigung der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz und auf die Proteste vom 23. und 24. Mai hat Marschall Joch der deutschen Waffenstillstandskommission am 27. Mai antworten lassen:

„Während der ganzen Dauer des Kriegszustandes hatten allein die Militärbehörden die Befugnis, zu beurteilen, ob die Treibereten der deutschen Zivilbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht; infolgedessen kann der Einspruch der deutschen Kommission nicht entgegengenommen werden.“

Sofort hat Reichsminister Erzberger durch den Vorstehenden in Spaas. Generalmajor Freiherrn von Hammerstein, erwidert:

In der Erklärung des Marschalls Joch, die General Rüdert in der Sitzung vom 27. Mai vorlesen hat, wird abgelehnt, die deutschen Einsprüche vom 23. und 24. Mai gegen den Bruch des Waffenstillstandsabkommens in der Pfalz entgegenzunehmen. Diese Ablehnung hindert mich nicht, noch einmal vor aller Welt festzustellen, daß in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden fortgesetzte Akte der Vergewaltigung gegen das Völkerrecht und gegen das Waffenstillstandsabkommen verübt werden. In der Rede vom 25. habe ich schon einen Teil der Proklamations des Generals Gerard vom 24. Mai 1919 aufgeführt...

Freitag ... daß, das ... vom ... 28. 5. 19 ... nicht, das ... genommen ... dem belan ... meiner ... langten ... Zeit dieser ... Auf ... kanbes, ... Plonen au ... folgende ... Die ... ihre Stellu ... kanbes vor ... daß die Au ... rungen, als ... kommen be ... belassen, bi ... halten, ni ... deutsche Reg ... kümmerung ... schkeit ihre ... fienbahnm ... sal der befe ... noch länger ... hat bereits ... ausgebroch ... des Artikels ... venu“ nach ... zumt begei ... können, u ... rechtst ind ... Infolg ... ordnung de ... und Stelle ... dem Stand ... Truppen, ... land gehörr ... Grenzen m

evange ... Dresd ... gelich-Lut ... gelischen ... zusammen. ... Direktors ... derzahl im ... daß der Ber ... auf rund 18 ... hand mit ... Dezen w ... schlossene ... eine Offen ... such war. ... Kirchenrat ... die Aufgab ... gierung i ... lerte in erk ... liche und e ... haltung u ... ligionsunt ... schule für ... Zuhörer wi ... Kommunikation ... an, in der ... luth. Schul ... die drohen ... kaufes dur ... demokratische ... Kildischen G ... Resolution f ... und Gewisse ... Parteien ber ... die Einflöhr ... weise von ... beschloffen. ... das Recht de ... und Religion ... enghältig die ... keit einer G ... des Recht de ... fiesen Moral ... wünsch. ... ein sogenann ... eines Komp ... tung freier ... tein Hind ... erwartete mi ... und Bekenn ... festhält. ... ligionsunter ... die freigebe ... Glaubensgen ... Abwehr auf. ... Die Roh ... in den les ... Besorgnisse ... Eisenbahnbe ... ange diese R

...dass ich im Besitze des Befehls seines Oberkommandos vom 16. 5. sein könnte, den ich in meiner Note vom 23. 5. 19 General Rudant in Abschrift übermitteln habe. ...

Die deutschen Osttruppen.

Auf die am 24. Mai gestellte Forderung des Bundes, Deutschland habe alle Streitkräfte in Ostland und Litauen aufrechtzuerhalten, hat Reichsminister Erzberger folgende Antwort überreicht lassen:

Die deutsche Regierung hat zu wiederholten Male ihre Stellungnahme zu dem Artikel 12 des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 dahingehend präzisiert, dass die Auffassung der verbündeten und assoziierten Regierungen, als ob wir im Artikel 12 die Verpflichtung übernommen hätten, unsere Truppen so lange im Ostgebiet zu belassen, bis die Verbündeten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Abmachung entspricht. ...

Infolgedessen kann die deutsche Regierung eine Änderung der Verbelegung der deutschen Truppen an Ort und Stelle nicht anerkennen und muß vielmehr auf dem Standpunkt beharren, daß sie sämtliche deutsche Truppen, die sich noch auf dem vor dem Kriege zu Ostland gehörigen Gebiet befinden, hinter die deutschen Grenzen nach ihrem Ermessen zurückziehen kann.

Ein Protest des evangelisch-lutherischen Schulvereins.

Dresden, 30. Mai. Der Allgemeine evangelisch-lutherische Schulverein trat gestern im evangelischen Vereinshaus zu seiner 10. Hauptversammlung zusammen. Aus dem Jahresbericht des Geschäftsführenden Direktors Dr. Kropatschek ging hervor, daß die Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahre um 1528 gestiegen ist, so daß der Verein jetzt über 12 000 Mitglieder zählt, die sich auf rund 1550 Orte Sachsen verteilen. ...

welche Maßnahmen im Zuge der zu übernehmen, und es ist daher auch die für den 1. Juni geplant gewesene Einführung eines neuen verbesserten Personenfahrplanes bis auf weiteres ausgeschlossen. ...

Landarbeiterkonferenz in Bautzen.

Der Zentralverband der christlichen Gewerkschaften der Textil-, Land- und Weinbergarbeiter hielt am Sonntag den 25. Mai in Bautzen eine Konferenz für die organisierten Land- und Forstarbeiter und Arbeiterinnen aus den Bezirken Gittan, Löbau und Bautzen ab. ...

Ein Landeskohlenamt.

Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen: Nachdem die Feindseligkeiten beendet worden sind, sind auch die Gründe hinfällig geworden, die seinerzeit dazu geführt haben, die Kriegswirtschaft mit der Überwachung der Kohlenversorgung für die Industrie zu betonen. ...

Die beteiligten Kreise dürfen überzeugt sein, daß ihnen jetzt, wo wir hoffentlich vor einem nicht mehr allzu fernem Abbruch der Kohlenzwangswirtschaft stehen, nicht noch die Einzelarbeit in ein neues Rationierungssystem zugunsten wird. Die Neuordnung — wenn man überhaupt angeht — des lediglich auf zweckmäßige Zusammenfassung und Angliederung an den gegebenen staatlichen Träger des sächsischen Wirtschaftslebens gehenden Planes von einer solchen sprechen kann — wird sich fast unmerklich und reibungslos vollziehen, wenn, was ohne weiteres angenommen werden kann, die aus den Kriegsamtsstellen zu übernehmenden Berufenen Persönlichkeiten sich ihrer Pflicht gegen das Gemeinwohl bewußt, weiterhin wie bisher mit gutem Willen und voller Arbeitskraft in den Dienst des Landeskohlenamts stellen. ...

Wie wir hören, wird für die mobile sächsische Brigade Südböhmen sofort ein Kriegsgerichtszitat gesucht. Meldung tanntlich persönlich beim Ministerium für Militärwesen, Justizabteilung, Jägerkaserne, Dresden-Mittstadt (10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags). ...

Aus Dresden.

Lebensmittelbelieferung für die Stadt Dresden siehe „Ämliche Bekanntmachungen“. Lebensmittel. Bierpreise. Der Buder mit Bier nimmt seinen Fortgang. Nach dem Gutachten des Landeskulturates, dem sich das Kriegswirtschaftsamt angeschlossen hat, ist ein Preis von 19 A für das 60 ltr. Bier für den Einzelverbraucher angemessen. ...

...mit angehängt hat, ist ein Preis von 19 A für das 60 ltr. Bier für den Einzelverbraucher angemessen. Es wird von unabhängiger Seite darauf hingewiesen, daß in allen Fällen, in denen Einzelverbraucher mehr als 50 A für das 60 ltr. Bier zahlen, wenn sie einen höheren Preis fordern, sondern auch wenn sie ein höheres Gebot des Käufers einnehmen, sie mit strenger Bestrafung wegen Mißbrauchs geachteter Verhältnisse zu rechnen haben. ...

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kathol. Arbeiterverein „St. Joseph“. Sonntag, den 1. Juni, Versammlung mit Vortrag des Herrn Oberlehrer Zehner im Vereinshaus „Schützenhaus“ Anfang 8 Uhr. ...

Dresden. Kathol. Arbeiterverein. Am Sonntag, den 1. Juni wird die Mutterpredigt nach der um 8 Uhr stattfindenden Gebetsandacht in der Pfarrkirche zu Dresden-N., Albertsplatz, gehalten. ...

Dresden-Joh. Der Kathol. Arbeiterverein „St. Joseph“ hält Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal Restaurant „Union“ Gutfraustraße 7, seine Monatsversammlung ab. ...

Ostsch. Der Hauptlehrer Herr Dekan, Dresden, wird am Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr in Rausdorf (Mölkchenseite) und Sonntag, den 1. Juni, nachm. 1/2 Uhr in Königshain (Reichstraße) und abends 7/8 Uhr in Dörsch (Bereitschaftsstraße) über die gegenwärtige Lage unter besonderer Berücksichtigung der Schulfrage sprechen. ...

Zwickau. Sonntag, den 1. Juni, nachmittags, Ausflug der Jugendvereine nach Dornsdorf, abends 7/8 Uhr, in der „Saxonia“ Elternversammlung. ...

Glauchau. Das „Kathol. Kasino“ veranstaltet am Sonntag, den 26. Mai, eine gut besuchte Versammlung der Glauchauer Katholiken, in welcher Herr Kaplan Dr. Jähne aus Zwickau über die dringenden Schulfragen sprach. ...

Diese Weltanschauung sei nach der Ansicht moderner Lehrer ein überwindener Standpunkt und müße nach dieser grundsätzlichen Ansicht nun wieder der natürlichen Weltanschauung weichen, deren neue Grundlagen die Wissenschaft bilden soll. ...

Nachdem der Redner somit die Voraussetzungen der modernen menschlichen Ansicht als falsch und besonders für uns Katholiken ganz unannehmbar dargestellt hatte, wurde an ganz ungläubigen Beispielen gezeigt, in welcher Weise seitens fanatischer Lehrer der schlimmste Zwang auf katholische Kinder und Eltern ausgeübt wird. ...

Im weiteren Verlauf des Abends sprach Herr Dr. Wittmann, der als Stadterbprinz in Glauchau mitten im politischen Kampfe steht, die volle Zustimmung zu den Ausführungen des Redners aus und machte zu reger Werbe- und Organisationsfähigkeit, zu Energie und Selbstbewußtsein. ...

Blumenberg. Am Sonntag, den 25. Mai, veranstaltete der katholische Schulvorstand im hiesigen Kreiskloster einen der letzten Zeit dringend notwendigen Elternabend, der gut besucht war von den kathol. wie auch von den evangel. Eltern. ...

Eingefandt

(Für diese Rubrik trägt die Redaktion nur die rechtsgesetzliche Verantwortung.) Wo bleibt die Antwort?

Nachdem drei Wochen seit erscheinen meines „Offenen Briefes“ an jene Kathol. Lehrer, welche dem Leipziger Zehner über Religion und Schule zustimmen, in dieser Zeitung verfloßen sind, stelle ich folgendes fest: ...

Kirchlicher Wochenkalender

Großschönau. 9. Asp. M., Fr., S., ab 7 Mai-M., Di. u. Do. ab 1/3 Mai-M., M. M., 1/7, Mo. u. Fr., 1/9. Königshain. 7 B. 7 R., 8 D. u. Fr., 2 Segensbacht u. S. E. Wo. fr. 7 M., Do. 7 S. Löbau. (Jernspr. 890.) So. 8 B., 7 S., 8 D. u. Fr., 2 Segensb. M., 1/8 W. ...

